ERKLÄRUNG

Der Rat der Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität versteht die Erklärung des Politbüros des ZK der SED vom 11. Oktober 1989 als Aufforderung zum gesamtgesellschaftlichen Dialog, in den wir uns mit Kompetenz einzubringen haben. Es geht, heißt es darin u. a., um lebensverbundene Medien. Was bedeutet das, welchen Anspruch stellt das an den sozialistischen Journalismus unseres Landes? International (Koalition der Vernunft) und national (Dialog mit allen Bürgern) geht es um die Konstituierung des assoziierten Verstandes, damit wir den Herausforderungen des nuklear-kosmischen Zeitalters und der wissenschaftlich-technischen Revolution gewachsen sind. Dafür ist die umfassende Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche unabdingbar. Der Verständigungsprozeß muß über weltanschauliche und politische Grenzen hinweg geführt werden; sektiererische Enge schadet ihm.

Massenmedien sind unverzichtbar. Nur wenn sie eine realistische Perspektive auf den tatsächlichen gesellschaftlichen Erfahrungszusammenhang bieten, können sie diesem Anspruch gerecht werden. Das verlangt, jeden auf die Bewältigung dieser existentiellen Fragen zielenden Vorschlag, wer immer ihn auch unterbreitet, sorgfältig und öffentlich zu prüfen, ihn auf die Waagschale der gesellschaftlichen Vernunft, der Ideale des Sozialismus zu legen. Einmischungsversuche des Klassengegners sind entschieden zurückzuweisen.

Bei der Aneignung unserer Wirklichkeit darf es keine Tabus geben, denn nur die eigene Öffentlichkeit würde dadurch begrenzt oder beschädigt. Souveräner öffentlicher Austausch aller sozialen Erfahrungen hingegen ist ein Zeichen offensiver Stärke. Ihm darf sich keiner entziehen, von ihm darf niemand ausgeschlossen werden. Er setzt bei allen Beteiligten ein hohes Maß an Verantwortung, Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik, Toleranz und Befähigung voraus, Konflikte gemeinsam auszutragen.

In ihm müssen Initiative und überzeugendes Argument der Kommunisten ihrer Partei das Vertrauen des Volkes gewinnen. Alles, was dem entgegensteht, muß auf seine Ursache hin analysiert und überwunden werden.

Die damit verbundenen Herausforderungen an unsere Wissenschaft verpflichten uns, die Maßstäbe unserer Arbeit kritisch zu überdenken und unser theoretisches Wort zur Gestaltung eines lebensverbundenen sozialistischen Journalismus vernehmbar in die Parteitagsdebatte einzubeziehen.

RAT DER SEKTION JOURNALISTIK

Leipzig, am 17. 10. 1989

MASSENMEDIEN, WAS NUN?

Sie ist in Gang gekommen, die schon lange fällige Diskussion über die Medien unseres Landes. Man hätte, man sollte, man könnte ... Allerorts ist es zu hören. Und nicht zuletzt in den Medien selbst. Der Ruf nach neuen Konzepten wird immer lauter. Wo steht in dieser Situation die Journalistikwissenschaft der DDR?

UZ sprach darüber mit dem Leiter des Wissenschaftsbereiches „Grundlagen der journalistischen Methodik" an der Sektion Journalistik, Prof. Dr. Karl-Heinz Röhr, zu ersten Überlegungen.

In vielen Gesprächen hört man derzeit, die Sektion Journalistik hätte die Zeichen der Zeit verpaßt ...

Also, ich bin dagegen, den Buhmann jetzt ausschließlich den Journalisten zuzuschieben und dann noch die Theoretiker zum Buhmann des Buhmanns zu machen. Denn eines ist klar: Wir sind weder das Politbüro noch die Abteilung für Agitation beim Zentralkomitee der SED, die ganz konkret und operativ medienpolitische Entscheidungen treffen. Unsere Aufgabe als Sektion besteht darin, theoretisch an einem Medienkonzept zu arbeiten und die Ausbildung von Journalisten dementsprechend vorzunehmen. Natürlich müssen wir uns auch die Jacke anziehen, daß wir jahrelang zu wenig getrommelt haben und zuließen, daß man uns einfach in die Ecke stellte. Dennoch gibt es an der Sektion fundierte theoretische Überlegungen, wie die von Professor Poerschke, die weit über den jetzigen Journalismus und auch die Journalismusvorstellungen der vier Jahre hinausgehen.

Inwiefern?

Damals betonten wir immer sehr stark die politische Funktionalität des Journalismus im Sinne einer Durchsetzung ideologischer Schwerpunkte von oben nach unten. Heute gehen wir davon aus, daß sich die Massenmedien als Mittel der **Massenkommunikation** zu verstehen haben. Danach zu arbeiten, wie es schon die Methodikkonferenz mit Praxispartnern 1988 forderte, verlangt, den Leser, Hörer und Zuschauer als mündigen Bürger zu betrachten. Es verlangt, damit Schluß zu machen, den Journalismus als einseitige Berieselung anzusehen. Der Leser muß auch einmal widersprechen können und eine andere Meinung haben. Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, daß es am Ende der Aussprachen eine übereinstimmende, alle betreffende Gesamtmeinung geben könnte. Wir haben jahrelang gedacht, daß wir schließlich und endlich irgendwie recht haben. Oder – daß so lange gestritten werden muß, bis einer recht hat, und das ist dann Gesetz! Die neuen Konstellationen unserer Zeit (globale Informiertheit, neue soziale Differenziertheit und die Ansprüche der wissenschaftlich-technischen Revolution) bringen objektiv Interessenlagen hervor, so daß nirgendwo eine öffentliche Meinung als monolithische Meinung existiert.

Die Notwendigkeit, über Medienpolitik und ihre Realisierung nachzudenken, ergibt sich also nicht nur aus der momentan zugespitzten Situation?

Nein, diese Sicht wäre zu einseitig. Die Ursachen liegen in objektiven Entwicklungsprozessen der sozialistischen Gesellschaft. Obwohl wir aus empirischen Analysen Signale und auch in Vorbereitung des Journalistenkongresses Vorschläge in manche Richtung gab, wurde die neue Lage in dieser Schärfe nicht erkannt. Nur ein Stichwort: sozialistische Demokratie. Der Anspruch erfordert und erfordert natürlich auch eine bestimmte Art und Weise der Diskussion in der Gesellschaft, eine bestimmte Qualität der Informationsgebung. Zumal wir manchmal eben nicht beachtet haben, daß es bis zu 10 westliche Angebote zur gleichen Zeit gibt ...

Kommt hier nicht spätestens die alte These wieder, der Gegner warte nur auf die frei ins Haus gelieferte Informationsmunition?

Da hat uns eigentlich Genosse Michail Gorbatschow schon auf dem XI. Parteitag der SED die „Leviten" gelesen, weil der Gegner die Fehler und Probleme ohnehin kenne und für sich auszunutzen versucht, wir aber unsere Probleme selbst zu lösen haben. Sie zu lösen, verlangten sich bestimmte Journalisten über Jahre hinweg einen eigenen Stil, von dem sie bei Veränderungen sehr schwer wegkommen. Zum anderen gibt es so eine Art öffentliche Bewertung, wodurch bestimmte Dinge mit ganz bestimmten Namen verbunden sind. Gibt es dann bei diesen Leuten einen schnellen Lernprozeß, kann die Glaubwürdigkeit deutlich darunter leiden.

Wie sollten sich die Medien Ihrer Meinung nach mit Fehlern in der Parteiarbeit der vergangenen Jahre auseinandersetzen?

Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Partei die Kraft haben muß, selbst Stellung dazu zu nehmen und sich einer selbstkritischen Analyse zu unterziehen. Der Journalismus kann dabei höchstens einen gewissen moralisch-öffentlichen Druck auf diesen Prozeß ausüben. Ich bewundere den Mut des Genossen Gorbatschow, wurde doch die Analyse in der UdSSR nicht etwa einem Redakteur der „Prawda" oder der „Iswestija" überlassen, sondern von einer Plenartagung und dem außerordentlichen Parteitag der KPdSU vorgenommen. Nur so kann gesellschaftliche Leitung funktionieren.

Geht es um die Art und Weise der Auseinandersetzung der Partei mit Meinungen sogenannter basisdemokratischer Gruppen, steht doch die Frage: Wie soll das geschehen? Eine Möglichkeit ist vielleicht das Nikaraguanische Modell mit einer Zeitung für die FSLN sowie einer für die katholische Opposition, die den Publikationszwang im jeweils anderen Organ schafft und so öffentliche Auseinandersetzung reproduziert. Könnten Sie sich vorstellen, daß es ähnliche Strukturen auch bei uns gibt?

Also, man kann sich manches vorstellen. Nur muß man natürlich immer beachten, daß sich die Problematik in unseren Breiten sehr viel komplizierter zeigt. Immerhin sehen wir uns ja hier schwierigen nationalen Problemen gegenüber, da sich natürlich die BRD-Medien sofort in eine eigentlich DDR-interne Problematik einschalten. Mir persönlich ist da das sowjetische Modell lieber. Es zeigt, daß innerhalb des bestehenden Mediensystems Meinungspluralismus möglich ist. Inwieweit von diesem Modell zu lernen ist oder ob die jetzige Differenzierung der öffentlichen Meinung in der DDR durch bestimmte Veränderungen im Mediensystem organisatorisch nachvollzogen werden sollte, bleibt abzuwarten. Bei aller Diskussion muß außer Zweifel bleiben: Unsere theoretischen Grundvorstellungen von einem sozialistischen Journalismus müssen gewährleistet bleiben. Sie betreffen drei Grundprinzipien:

– **Parteilichkeit** im Sinne von: sich für einen attraktiven Sozialismus einzusetzen. Dazu kann es verschiedene Auffassungen, Vorschläge und auch Diskrepanzen geben.

– **Wahrhaftigkeit** im Sinne der Forderung Christoph Heins, von Teilwahrheiten abzugehen und gewünschte Teile nicht zum Ganzen zu erklären. Alles andere wäre nicht parteilich.

– **Massenverbundenheit.** Das verlangt, die Massen und ihre Erfahrungen auch wirklich einzubeziehen.

Ein wichtiger Punkt ist für mich, daß sich einzelne verschiedene Meinungen in der Zeitung artikulieren können, ohne daß ausdrücklich die gesamte Redaktion dahinterstehen muß. Solche Beiträge wurden von den Lesern noch bis vor kurzem als **die** „abgesprochene" und damit als „offizielle" Meinung betrachtet ...

Aus diesem Wissen heraus sind manche Veröffentlichungen mißverstanden worden oder unterblieben.

Hier und auch beim Verhältnis Herausgeber – Journalist sind augenscheinlich klare rechtliche Regelungen notwendig. Was machen Sie zum Beispiel, wenn ein Student kommt und meint: Also, ich bin Journalist, ich muß mich an die Abmachungen der Redaktion halten, aber ich bin gleichzeitig auch Genosse und Bürger dieses Landes. Ich habe eine eigene Meinung zu unseren Problemen und möchte sie publizieren.

Einen generellen Rat gibt es garantiert nicht. Wir müssen sicher dahin kommen, daß wir bei bestimmten Dingen erst sachlich informieren und dann subjektive Meinungen dazu nachschieben. Wir müssen in Zukunft damit leben, anzuecken. So verstehe ich Egon Krenz, wenn er von den Fährnissen der journalistischen Verantwortung spricht. In der Sowjetunion gehen die Diskussionen um ein Pressegesetz in zwei Richtungen. Einerseits dieser soziale Schutz der Journalisten, das Recht, bestimmte Dinge in der Öffentlichkeit aufzugreifen. Andererseits die ebenfalls von Krenz angesprochene Verantwortung der Journalisten vor der sozialistischen Öffentlichkeit, die ethisch-moralische Seite der journalistischen Tätigkeit.

Diese rechtliche Frage ist natürlich eingeordnet in das Problem, wie Zeitungen in das Organisationsgefüge von Parteien eingebunden sind. In Bulgarien gibt es Experimente, die Zeitungen aus der Kompetenz der betreffenden Parteileitungen herauszulösen und sie allgemein zu Organen der Partei zu erklären, die nur den Delegiertenkonferenzen und dem Parteitag rechenschaftspflichtig sind. Übrigens ist dies eine Pressepolitik, die aus der alten deutschen Sozialdemokratie stammt. Aber aufgegangen ist das in der Geschichte noch nicht. Rechtsfestlegungen von staatlicher Seite sind sicher zweckdienlich, doch auch schwierig festzulegen. Hauptfrage bleibt indes die Art und Weise, wie die Partei mit ihren Journalisten umgeht. Die Grundlage hierfür liefert Lenins Schrift „Parteiorganisation und Parteiliteratur": Der Spielraum des Journalisten wird von Statut und Programm geregelt. Das ist für Lenin die Grenze und nicht die operativen Einzelentscheidungen.

(Gesine Zschanke, Annett Schwarz und Sophos Sophianos)

In eigener Sache

Allerorts und allenthalben: Medienschelte gehörte im öffentlichen Disput dieser Tage offensichtlich zum guten Ton. Ob jener Ton jedoch schon die richtige Musik macht, berechtigte Zweifel seien hier angebracht. Zu schrill, zu dissonant das „Alle Schuld den Journalisten!" Bleibt doch zu fragen: Was hat denn jeder einzelne in den vergangenen Jahren getan, jene schon unerträglichen Auswüchse von „Hofberichterstattung" zu bekämpfen?

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ja, wir Journalisten – ich spreche von denen der UZ – tragen ein gerüttelt Maß an Schuld mit uns herum. Zu scharf die Schere im eigenen Kopf! Zu bequem die herbeigeschriebene Erfolgswelt.

Bei aller Selbstkritik jedoch sei an dieser Stelle auch vermerkt: Zu oft hinderte ein „Nein" aus den Herausgeberetagen die Geburt eines kritischen Artikels. Der Verweis auf Parteidisziplin und Verantwortungsbewußtsein erfreute sich gerade mangels konkreter Anwendungsprinzipien großer, leider jedoch destruktiver, und damit hemmender Beliebtheit.

Tiefgründige Überlegungen in aller Sachlichkeit tun also not. Es gilt, das Verhältnis zwischen Herausgeber und Journalist zu überdenken.

Es geht dem Autor dieser Zeilen nicht darum, dem Herausgeber die Journalisten entgegenzusetzen. Barrikaden zu errichten. Natürlich bleibt der Journalist – zumindest bei Parteizeitungen – in der Regel Parteimitglied, somit auch der Parteidisziplin verpflichtet. Und doch muß man den Journalisten eine kritische Distanz zubilligen, die ihnen ermöglicht, auch innerparteiliche Kritik öffentlich zu üben, ohne daß dem einzelnen sofort Sektierertum oder Fraktionsmacherei unterstellt werden.

Nun mag mancher fragen, wie denn die Journalisten der UZ die Lebensverbundenheit ihrer Zeitung zu sichern gedenken.

Wir meinen, daß genau jene Aufgabenstellung von uns verlangt, offen ohne Tabus – weder selbst-, noch fremdverordnete! –, ehrlich und verantwortungsbewußt über Ereignisse und Entwicklungen an unserer Uni zu berichten. **Jedes Unterdrücken** uns nicht genehmer Meinungen, sofern sie nicht im Gegensatz zur Verfassung stehen, führt nicht nur zur **Unglaubwürdigkeit unserer Zeitung,** sondern diskreditiert auch die Parteiorganisation der Uni. Meinungen, die Belege von Auffassungen vieler Uniangehöriger sind, s o l l e n wir nicht nur, sondern m ü s s e n wir in der UZ veröffentlichen. Das Schreiben der g a n z e n Wahrheit und Parteilichkeit bildet unserer Meinung nach eine Einheit.

Natürlich erkennen wir an, daß die UZ das Organ der Kreisleitung der SED ist, was bedeutet, in ihren Spalten die politische Linie der Partei lebensnah umzusetzen.

Aus diesem Anspruch jedoch ergibt sich **kein Monopol** auf die Wahrheit. Und noch weniger ergibt sich daraus ein Recht, die Artikulierung anderer Meinungen, ja selbst solcher, die den unsrigen widersprechen, hier in unserer Zeitung zu verhindern.

Der **Führungsanspruch** unserer Partei muß auch hier in der UZ durch **eine entsprechende Führungsqualität** eingelöst werden. Das bedeutet: In der öffentlichen Auseinandersetzung mit anderen hier bei uns veröffentlichten Auffassungen müssen sich die Gedanken, Bewertungen und Einschätzungen unserer Kreisleitung und unserer Parteimitglieder für den Leser nachvollziehbar als die Richtigen erweisen.

Den Worten folgten inzwischen Taten. Auf einer Beratung der Journalisten der UZ mit dem 1. Sekretär der SED-KL einigten wir uns darauf, zunächst Vorschläge für ein künftiges Dokument über die Modalitäten des Verhältnisses zwischen Redaktion und Herausgeber auf den Tisch zu legen. Das wird in den nächsten Tagen geschehen.

OLIVER SCHIRG

Alles nur noch besser?

„Wir begehen häufig den Fehler, historische Prozesse nicht als solche zu behandeln, sondern als Forderungen des Tages, oder wir verstehen es nicht, die Forderungen des Tages als historische Forderungen zu betrachten, das heißt, sie mit dem Geschichtsverlauf zu verbinden. Aus dieser Unfähigkeit ergeben sich schiefe Proportionen ..." Ja, Becher hatte recht. Diese Unfähigkeit nicht zuzulassen, fühle ich mich als Freizeit-Journalismushistoriker verpflichtet.

Die öffentliche Diskussion um unsere Massenmedien hat nun – endlich – eingesetzt. Was habe ich, was haben wir vom Jugendobjekt Journalismusgeschichte dort einzubringen? Ich glaube, daß bei zunehmend objektiver Betrachtung der Vergangenheit Antworten auf brennend-aktuelle Fragen mitgefunden werden können. Obwohl sich historische Bedingungen nicht haargenau ein zweites Mal wiederholen, lassen sich doch bei der Trennung von Grundsätzlichem und Zufälligem schon gewisse Gesetzmäßigkeiten erkennen. Ein Beispiel?

Ich will auf Becher zurückkommen: „... historische Prozesse nicht als solche behandeln ..." Die Frage, wie offen können und müssen Massenmedien sein, stand mit der ersten Zeitung auf der Tagesordnung, Lenin griff auf Goethe zurück und forderte für die Zeitungen: mehr Licht. Bereits zu seiner Zeit mit unvergleichlich geringerer Informationsdichte wurde deutlich, daß das Vorenthalten von Informationen keine Garantie für politische Erfolge bietet. Vielmehr waren Gerüchte und innere Destabilisierung die Folge. Die These von der Munitionslieferung für den Gegner durch die Medien hat sich also nicht erst heute als absurdum geführt.

Ja, ich halte die journalismushistorische, auch studentische Wissenschaftsproduktion für sehr wichtig. Doch nutzt sie nur sehr wenig, wenn sie von den entsprechenden Medienverantwortlichen nicht gehört wird. Im September stellte sich Genosse Adameck, der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Fernsehen, der Parteidiskussion an der Sektion Journalistik. Die Warnungen vor dem Vertrauensverlust in die Massenmedien hat er damals nicht akzeptiert. Genauso ließ er nicht über Sinn und Unsinn der Erfolgspropaganda diskutieren. Für ihn stand nur die Möglichkeit einer Verbesserung zur Debatte.

Nein, heute geht es nicht darum, die bisherige Propaganda immer besser, sondern wir müssen sie grundsätzlich anders gestalten.

HARTMUT AUGUSTIN

Prof. Dr. Röhr: In Zukunft damit leben, anzuecken

Der Leser muß auch einmal widersprechen können und eine andere Meinung haben. Wir müssen uns von dem Gedanken trennen, daß es am Ende der Aussprachen eine übereinstimmende, alle betreffende Gesamtmeinung geben könnte. Wir haben jahrelang gedacht, daß wir schließlich und endlich irgendwie recht haben. Oder – daß so lange gestritten werden muß, bis einer recht hat, und das ist dann Gesetz! Die neuen Konstellationen unserer Zeit (globale Informiertheit, neue soziale Differenziertheit und die Ansprüche der wissenschaftlich-technischen Revolution) bringen objektiv Interessenlagen hervor, so daß nirgendwo eine öffentliche Meinung als monolithische Meinung existiert.

Die Notwendigkeit, über Medienpolitik und ihre Realisierung nachzudenken, ergibt sich also nicht nur aus der momentan zugespitzten Situation?

Nein, diese Sicht wäre zu einseitig. Die Ursachen liegen in objektiven Entwicklungsprozessen der sozialistischen Gesellschaft. Obwohl wir aus empirischen Analysen Signale und auch in Vorbereitung des Journalistenkongresses Vorschläge in manche Richtung gab, wurde die neue Lage in dieser Schärfe nicht erkannt. Nur ein Stichwort: sozialistische Demokratie. Der Anspruch erfordert und erfordert natürlich auch eine bestimmte Art und Weise der Diskussion in der Gesellschaft, eine bestimmte Qualität der Informationsgebung. Zumal wir manchmal eben nicht beachtet haben, daß es bis zu 10 westliche Angebote zur gleichen Zeit gibt ...

Kommt hier nicht spätestens die alte These wieder, der Gegner warte nur auf die frei ins Haus gelieferte Informationsmunition?

Da hat uns eigentlich Genosse Michail Gorbatschow schon auf dem XI. Parteitag der SED die „Leviten" gelesen, weil der Gegner die Fehler und Probleme ohnehin kenne und für sich auszunutzen versucht, wir aber unsere Probleme selbst zu lösen haben. Sie zu lösen, verlangt öffentlichen Dialog. Zum Teil entsteht aber der Eindruck, als ob die Gespräche ab einer bestimmten Ebene intern geführt würden ...

Ich betrachte es als absurd, daß wir uns diese Blöße geben. Die Bürger sagen: Wenn wir bestimmte Informationen in den eigenen Medien nicht bekommen, müssen wir eben die Westmedien nutzen. Das führt dann dazu, daß diese Medien, obwohl sie in bekannter Manier informieren, glaubwürdig erscheinen. Und dies ist eine Situation, die nicht länger hingenommen werden kann. Sie erfordert schnellste, offene, authentische Berichterstattung. Nur so kann der Bürger Vertrauen zum eigenen Journalismus wiedergewinnen. Alle anderen Methoden wie moralischer Druck oder technische Störungen sind unsinnig.

Beim „politischen Frühschoppen" mit dem Rektor der KMU, Prof. Dr. Horst Hennig, am 15. Oktober in der „Moritzbastei" forderte der Kabarettist Bernd-Lutz Lange nicht nur Kosmetik, sondern auch Chirurgie. Verlangt nicht wirklicher Dialog auch neue Leute in verantwortlichen Positionen, um der Gefahr einer neuerlichen Medienkampagne zu entgehen?

Sicherlich haben wir hier ein doppeltes Problem. Einerseits erarbeiteten sich bestimmte Journalisten über Jahre hinweg einen eigenen Stil, von dem sie bei Veränderungen sehr schwer wegkommen. Zum anderen gibt es so eine Art öffentliche Bewertung, wodurch bestimmte Dinge mit ganz bestimmten Namen verbunden sind. Gibt es dann bei diesen Leuten einen schnellen Lernprozeß, kann die Glaubwürdigkeit deutlich darunter leiden.

Wie sollten sich die Medien Ihrer Meinung nach mit Fehlern in der Parteiarbeit der vergangenen Jahre auseinandersetzen?

Da stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Partei die Kraft haben muß, selbst Stellung dazu zu nehmen und sich einer selbstkritischen Analyse zu unterziehen. Der Journalismus kann dabei höchstens einen gewissen moralisch-öffentlichen Druck auf diesen Prozeß ausüben. Ich bewundere den Mut des Genossen Gorbatschow, wurde doch die Analyse in der UdSSR nicht etwa einem Redakteur der „Prawda" oder der „Iswestija" überlassen, sondern von einer Plenartagung und dem außerordentlichen Parteitag der KPdSU vorgenommen. Nur so kann gesellschaftliche Leitung funktionieren.

Geht es um die Art und Weise der Auseinandersetzung der Partei mit Meinungen sogenannter basisdemokratischer Gruppen, steht doch die Frage: Wie soll das geschehen? Eine Möglichkeit ist vielleicht das Nikaraguanische Modell mit einer Zeitung für die FSLN sowie einer für die katholische Opposition, die den Publikationszwang im jeweils anderen Organ schafft und so öffentliche Auseinandersetzung reproduziert. Könnten Sie sich vorstellen, daß es ähnliche Strukturen auch bei uns gibt?

Also, man kann sich manches vorstellen. Nur muß man natürlich immer beachten, daß sich die Problematik in unseren Breiten sehr viel komplizierter zeigt. Immerhin sehen wir uns ja hier schwierigen nationalen Problemen gegenüber, da sich natürlich die BRD-Medien sofort in eine eigentlich DDR-interne Problematik einschalten. Mir persönlich ist da das sowjetische Modell lieber. Es zeigt, daß innerhalb des bestehenden Mediensystems Meinungspluralismus möglich ist. Inwieweit von diesem Modell zu lernen ist oder ob die jetzige Differenzierung der öffentlichen Meinung in der DDR durch bestimmte Veränderungen im Mediensystem organisatorisch nachvollzogen werden sollte, bleibt abzuwarten. Bei aller Diskussion muß außer Zweifel bleiben: Unsere theoretischen Grundvorstellungen von einem sozialistischen Journalismus müssen gewährleistet bleiben. Sie betreffen drei Grundprinzipien:

– **Parteilichkeit** im Sinne von: sich für einen attraktiven Sozialismus einzusetzen. Dazu kann es verschiedene Auffassungen, Vorschläge und auch Diskrepanzen geben.

– **Wahrhaftigkeit** im Sinne der Forderung Christoph Heins, von Teilwahrheiten abzugehen und gewünschte Teile nicht zum Ganzen zu erklären. Alles andere wäre nicht parteilich.

– **Massenverbundenheit.** Das verlangt, die Massen und ihre Erfahrungen auch wirklich einzubeziehen.

Ein wichtiger Punkt ist für mich, daß sich einzelne verschiedene Meinungen in der Zeitung artikulieren können, ohne daß ausdrücklich die gesamte Redaktion dahinterstehen muß. Solche Beiträge wurden von den Lesern noch bis vor kurzem als **die** „abgesprochene" und damit als „offizielle" Meinung betrachtet ...

Aus diesem Wissen heraus sind manche Veröffentlichungen mißverstanden worden oder unterblieben.

Hier und auch beim Verhältnis Herausgeber – Journalist sind augenscheinlich klare rechtliche Regelungen notwendig. Was machen Sie zum Beispiel, wenn ein Student kommt und meint: Also, ich bin Journalist, ich muß mich an die Abmachungen der Redaktion halten, aber ich bin gleichzeitig auch Genosse und Bürger dieses Landes. Ich habe eine eigene Meinung zu unseren Problemen und möchte sie publizieren.

Einen generellen Rat gibt es garantiert nicht. Wir müssen sicher dahin kommen, daß wir bei bestimmten Dingen erst sachlich informieren und dann subjektive Meinungen dazu nachschieben. Wir müssen in Zukunft damit leben, anzuecken. So verstehe ich Egon Krenz, wenn er von den Fährnissen der journalistischen Verantwortung spricht. In der Sowjetunion gehen die Diskussionen um ein Pressegesetz in zwei Richtungen. Einerseits dieser soziale Schutz der Journalisten, das Recht, bestimmte Dinge in der Öffentlichkeit aufzugreifen. Andererseits die ebenfalls von Krenz angesprochene Verantwortung der Journalisten vor der sozialistischen Öffentlichkeit, die ethisch-moralische Seite der journalistischen Tätigkeit.

Diese rechtliche Frage ist natürlich eingeordnet in das Problem, wie Zeitungen in das Organisationsgefüge von Parteien eingebunden sind. In Bulgarien gibt es Experimente, die Zeitungen aus der Kompetenz der betreffenden Parteileitungen herauszulösen und sie allgemein zu Organen der Partei zu erklären, die nur den Delegiertenkonferenzen und dem Parteitag rechenschaftspflichtig sind. Übrigens ist dies eine Pressepolitik, die aus der alten deutschen Sozialdemokratie stammt. Aber aufgegangen ist das in der Geschichte noch nicht. Rechtsfestlegungen von staatlicher Seite sind sicher zweckdienlich, doch auch schwierig festzulegen. Hauptfrage bleibt indes die Art und Weise, wie die Partei mit ihren Journalisten umgeht. Die Grundlage hierfür liefert Lenins Schrift „Parteiorganisation und Parteiliteratur": Der Spielraum des Journalisten wird von Statut und Programm geregelt. Das ist für Lenin die Grenze und nicht die operativen Einzelentscheidungen.

(Gesine Zschanke, Annett Schwarz und Sophos Sophianos)

Dem wissenschaftlichen Rat der Sektion Journalistik lag am 20. 10. ein medienpolitisches Thesenpapier zur Diskussion vor, aus dem wir im folgenden einige Auszüge veröffentlichen. Die Journalistikwissenschaftler wollen sich damit in die Diskussion zur Vorbereitung des XII. Parteitages der SED einbringen und zur öffentlichen Mediendiskussion herausfordern.

Ziel, Inhalt und Formen des Verhältnisses der Partei zur Parteipresse und zu den anderen journalistischen Organen sowie die Rechte und Pflichten der Genossen Journalisten sollten in der Diskussion zur Überarbeitung des Statuts der Partei geklärt werden.

In der sozialistischen Gesellschaft der DDR sollten die politische und rechtliche Stellung des Journalismus und des Journalisten sowie die Informationspflicht aller, die in unserer Gesellschaft Verantwortung tragen, gesetzlich geregelt werden.

Der Sinn sozialistischer Lebensqualität kann nicht mit Wirtschafts- und Sozialpolitik allein überzeugend nachgewiesen werden. Es muß auch eine Orientierung und Verständigung in bezug auf bewegende moralische und geistige Fragen geben, deren **erste** Voraussetzung eine umfassende Information über wirklich relevante Lebensvorgänge innerhalb und außerhalb unseres Landes ist.

Wir müssen lernen, daß wir in einer Mediengesellschaft leben, daß Politik auch etwas mit Massenpsychologie zu tun hat. Die Medien sind Arbeits- und Kampfplatz des Politikers. Nicht nur was gesagt wird und wie es gesagt wird, beeinflußt die Wirkung, sondern auch wer etwas sagt und wo dies geschieht.

Eine Reduzierung der Lebenssituation der Bürger auf ideologische Motivierung ist nicht nur falsch und unglaubhaft, sondern schädlich für das Image der Medien.

Anonymität behindert den Dialog. Wer sich in den Medien äußert, muß als Persönlichkeit identifizierbar sein und den Grad seiner Verantwortung erkennen lassen. Die Profilierung von Kommentatoren, Reportern, Moderatoren, aber auch Chefredakteuren, ist unerläßlich.

Eine lebensverbundene Medienpolitik erfordert, über den Ausbau der bewährten Formen redaktioneller Massenverbindung hinaus, eine organisierte und dauerhafte soziologische Forschung in der Journalistik, eine Soziologie der Massenmedien.

Den ideologischen Klassenkampf offensiv zu führen schließt ein, Impotenz wie Potenz des kapitalistischen Systems in ihrer ganzen Dialektik zu zeigen. Dabei gilt es anzuknüpfen am konkreten Erscheinungsbild des Kapitalismus, wie es dem DDR-Bürger durch die kapitalistischen Medien bzw. durch direkten Augenschein vermittelt wird.

Größerer Aufmerksamkeit bedarf offensichtlich die kontinuierliche Verfolgung und Beachtung internationaler Entwicklungen der Massenmedien, um schneller und rechtzeitiger auf bestimmte Trends zu reagieren und ihre Verwertbarkeit für unseren Journalismus zu prüfen.

Beim Fernsehen müssen dabei besonders die Eigenschaften Audiovisualität und Live-Potenz wirkungsvoller angewendet werden. Auch könnte der Aufbau eines Videotestsystems und eine Regionalisierung von Teilen des Programms angestrebt werden.

Lebensnaher Rundfunk erfordert die konsequente Nutzung der spezifischen Fähigkeiten, Erstinformant zu sein, erfordert, die Live-Potenz als demokratisches Moment zu begreifen.

SLUB
Wir führen Wissen.